

A Service of



Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Leibniz Information Centre

Großer, Günter

Article — Digitized Version
Hoffnungsschimmer für die Weltkonjunktur

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1993): Hoffnungsschimmer für die Weltkonjunktur, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 11, pp. 556-

This Version is available at: https://hdl.handle.net/10419/137059

## Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

## Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



ie Entwicklung der Weltwirtschaft ist von Kontrasten gekennzeichnet, wie sie größer kaum sein könnten: auf der einen Seite die hohe Wachstumsdynamik der südostasiatischen Schwellenländer, auf der anderen die drastische Schrumpfung von Produktion und Einkommen in Osteuropa. Das Gesamtbild wird indes von den Industrieländern geprägt; auf sie entfällt mehr als die Hälfte des Weltsozialprodukts. Hier entscheidet sich mithin, wann die Weltkonjunktur aus der nun schon in ihr viertes Jahr gehenden Schwächephase herausfindet. Dabei betätigen sich die USA bereits eine ganze Zeit lang wieder als "Lokomotive"; immerhin ist ihre Einfuhr auch bei moderater gesamtwirtschaftlicher Expansion innerhalb von zwei Jahren um reichlich ein Fünftel gestiegen. Aber in Japan und in Westeuropa läßt der Aufstieg aus der konjunkturellen Talsohle auf sich warten.

Die anhaltende Schwäche in Japan ist deshalb besonders bemerkenswert, weil dort die Wirtschaftspolitik nachdrücklicher als in allen anderen Ländern auf eine Ankurbelung der Nachfrage gerichtet ist. So sind die Leitzinsen seit Mitte 1991 bis auf einen historischen Tiefpunkt gesenkt worden, und der Staat hat, ausgehend von einer Position hoher gesamtstaatlicher Budgetüberschüsse, seine Ausgaben im vergangenen und in diesem Jahr sprunghaft erhöht. Die Impulse wurden indes bisher durch bremsende Kräfte neutralisiert. Diese gingen zunächst vor allem von Bemühungen um eine Korrektur der vorangegangenen spekulativen Übersteigerungen aus; das dämpfte sowohl die Ausgabeneigung von Unternehmen und privaten Haushalten als auch die Risikobereitschaft und damit die Kreditvergabe der Banken. Hinzu kam schließlich eine massive Höherbewertung des Yen - innerhalb Jahresfrist bis September um effektiv 30%. Damit wurde Japan im internationalen Wettbewerb zu einem Hochlohnland, und die Wirtschaft ist zu tiefgrei-



Günter Großer

## Hoffnungsschimmer für die Weltkonjunktur

fenden strukturellen Anpassungen gezwungen.

In Westeuropa wiederum, wo sich spekulative "Blasen" im wesentlichen auf Großbritannien und Skandinavien beschränkten, spielen strukturelle Faktoren offenbar eine untergeordnete Rolle für das Ausbleiben einer Belebung. Zwar wurde die Eurosklerose - im Sinne unzureichender Wachstumsbedingungen - zu Beginn der neunziger Jahre sicherlich vorschnell totgesagt, aber die ausgeprägte Konjunkturschwäche läßt sich bisher schon mit einer Geldpolitik erklären, die noch bis zum Herbst 1992 durch die Bemühungen zur Eindämmung des Lohn- und Preisauftriebs dominiert wurde. Erst seither sinken die Zinsen, und zwar nach wie vor am Zügel der Bundesbank, da die meisten Länder selbst ohne enge Wechselkursbindung im EWS bestrebt bleiben, die Stabilisierungsaufgabe möglichst nicht durch eine Abwertung ihrer Währung gegenüber der D-Mark zu erschweren. Vermutlich wird auch die Normalisierung der Zinsstruktur, bei der "Geld" wieder billiger ist als "Kapital", nicht mehr lange auf sich warten lassen.

In einem Dilemma befindet sich demgegenüber in Westeuropa die Finanzpolitik. Die Hinnahme von konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben ist zur Abfederung der wirtschaftlichen Schwäche notwendig, aber die so bedingten Fehlbeträge kumulieren sich zumeist mit hohen strukturellen Defiziten. Die durchschnittliche staatliche Neuverschuldung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dürfte daher in Westeuropa 1993 zwischen 6% und 7% des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Dies erklärt, weshalb es trotz der hohen Arbeitslosigkeit kaum Ankurbelungsmaßnahmen gibt. Im Vordergrund stehen vielmehr Konsolidierungsankündigungen, durch die Vertrauen in eine längerfristig stabilitäts- und wachstumsgerechte Wirtschaftspolitik geschaffen und der Zinsrückgang gefördert werden soll. Die Regierungen befinden sich damit zweifellos auf einer schwierigen Gratwande-

Alles in allem haben sich im zu Ende gehenden Jahr die monetären Rahmenbedingungen in den Industriefändern merklich verbessert. Dies läßt für das kommende Jahr auch in Westeuropa und in Japan eine Überwindung der gegenwärtigen Stagnation erwarten. Die Auftriebskräfte dürften indes nicht stark genug sein, um den Rückgang der Kapazitätsauslastung und den Anstieg der Arbeitslosigkeit schon bald zum Stillstand zu bringen. Vor einem derartigen Hintergrund sind die Hindernisse für den Abschluß der GATT-Runde zur weltweiten Verringerung Handelshemmnissen schwerer als ohnehin zu überwinden. Wenn aber die schwache Konjunktur auf diese Weise eine entscheidende Verbesserung der Wachstumsbedingungen verhindert, werden auch die langfristigen Perspektiven der Weltwirtschaft und damit die Chancen für einen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit verschlechtert.